

# Des Kalendermanns Weltumschau

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **229 (1950)**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375392>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

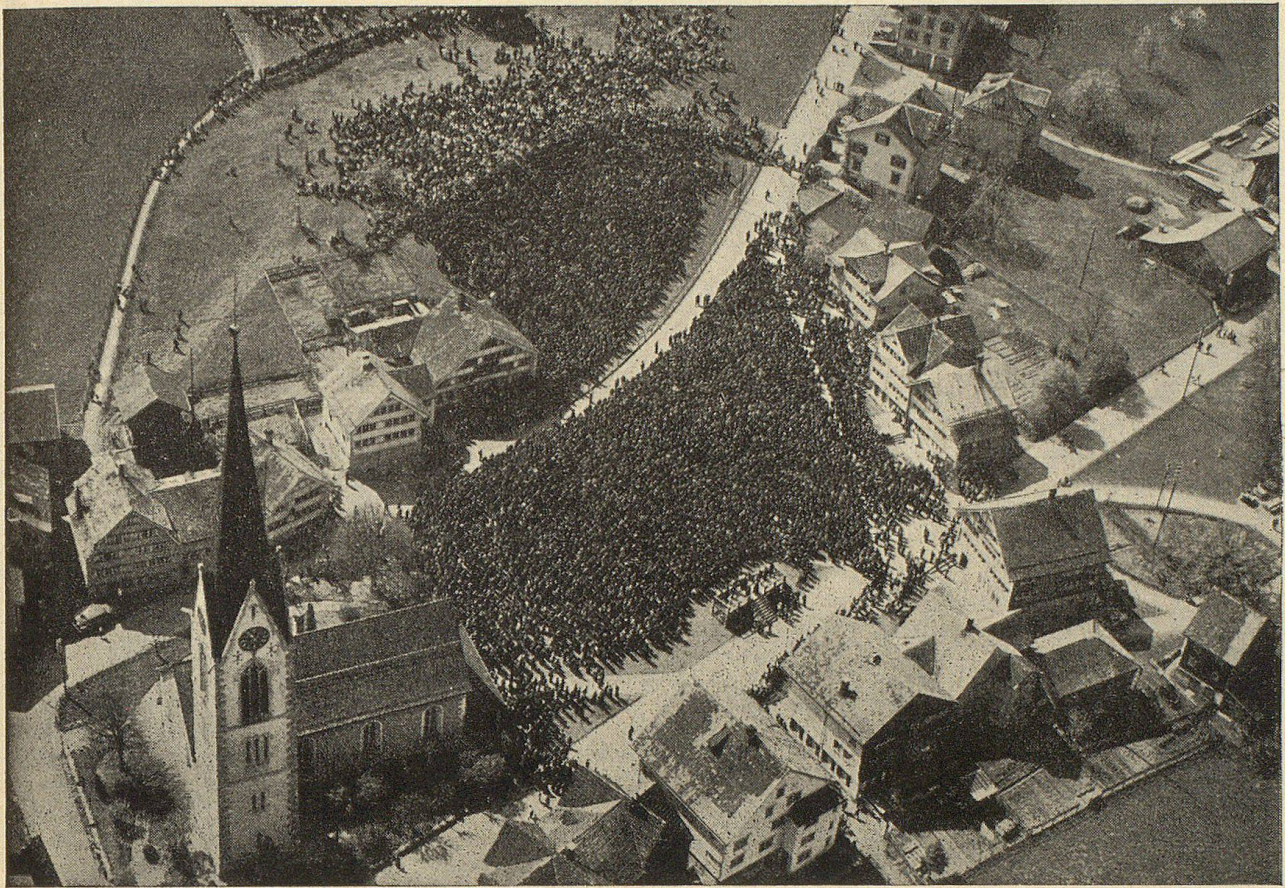
## Des Kalendermanns Weltumschau

Es war das Jahr des „kalten Krieges“, über das der Kalendermann zu berichten hat. Angefangen hat der „kalte Krieg“ zwar schon lange vorher, um 1946/47 herum, in der Zeit der endlosen und zum größten Teil fruchtlosen Konferenzen, in welchen die große Koalition, die den zweiten Weltkrieg siegreich beendet hat, Schritt um Schritt auseinanderfiel. Aber im Berichtsjahr hat der kalte Krieg mit dem Kampf um Berlin seine schärfste Ausprägung erfahren. Begonnen hat dieser Kampf am 24. Januar 1948, als die Russen den Reiseverkehr zwischen Berlin und dem Westen den ersten einschränkenden Maßnahmen unterzogen. Als dieser Kampf nach nahezu anderthalbjähriger Dauer entschieden war, sprach General Clay, der amerikanische Hochkommissar für Deutschland (anfangs Juli ersetzt durch Mc Cloy) die vielsagenden Worte: „Der kalte Krieg geht weiter.“ Denn hinter Berlin steht das viel größere Problem des neuen Deutschland, und da zudem noch eine Reihe anderer Fragen der europäischen Neuordnung der Lösung harren, ist des kalten Krieges noch kein Ende abzusehen.

Schon in der Vorjahrs-Weltumschau erzählte der Kalendermann von Berlin, der westlichen Enklave in der russisch-besetzten Zone, diesem neuralgischen Punkt im rivalisierenden Spiel der Mächte, von der Währungsreform und vom Konflikt zwischen den beiden rivalisierenden Währungssystemen, der westlichen „deutschen Mark“ und der Ostmark, und vom Zusammenbruch der alliierten Kommandantur in Berlin. Im Juni 1948 fängt die Geschichte der Luftbrücke an. Die gesperrten Straßen, Bahnen und Flußläufe zwangen Amerika und England, den Zugang zum ehemaligen Zentrum des Deutschen Reiches auf dem Luftwege zu suchen. Schließlich erkannten die Machthaber in Moskau, daß sie sich mit der Berliner Verkehrssperre ins eigene Fleisch schnitten, denn der deutsche Osten geht ohne Verbindung mit dem hochentwickelten Westen und ohne den notwendigen Güteraustausch wirtschaftlich zugrunde. Also lenkte Moskau im April plötzlich ein und am 12. Mai erfolgte die Aufhebung der Blockade. Leider dauerte der Friede nicht lange, denn die Eisenbahner demonstrierten gegen die teilweise Entlohnung in minderwertigen Ostmark mit Arbeitseinstellung. Ruffischerseits – welche Ironie der Geschichte! – wurden Streikbrecher aufgeboten, um die Eisenbahner zur Raison zu bringen, es kam zu blutigen Zusammenstößen, nachher zu langwierigen Verhandlungen, indessen die Güterzüge erneut stecken blieben und die Luftbrücke wieder ihren Vollenbetrieb aufnehmen mußte. Endlich, Mitte Juni, kehrten die Eisenbahner auf ihre Posten zurück und konnte sich Berlin wieder geregelter Zufuhren erfreuen. In Amerika und England aber gedenkt man des hohen Preises, den man für diesen Sieg im kalten Krieg bezahlt hat: in 200 000 Flügen sind 1,5 Millionen Tonnen Waren nach Berlin befördert worden. Ein Heer von 57 000 Mann stand im Dienst dieses Unternehmens, das die Amerikaner 150 Millionen Dollar, die Engländer 6,5 Millionen Pfund gekostet hat. 27 amerikanische und 23 britische Piloten haben bei Abstürzen das Leben verloren. „Kalter Krieg“?

Überschattet von diesen Berliner Ereignissen ist in Deutschland diesseits des „eisernen Vorhangs“ ein bedeutsames politisches Einigungswerk zustande gekommen: die westdeutsche Staaten-Union. Die Vertrauensbasis für diesen Zusammenschluß ist durch den Marshallplan geschaffen worden. Der Kalendermann hat in seinem letztjährigen Bericht gerade noch die parlamentarische Genehmigung dieses Plans durch den Geldgeber, Amerika, melden können. Von den Marshallplan-Krediten haben bis jetzt Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Deutschland und Österreich die größten Summen erhalten. Mit diesen Geldern ist die europäische Wirtschaft in Gang gebracht und viel soziales Elend beseitigt oder wenigstens gemildert worden. Ob sich Europa in Bälde selbst helfen können, ist eine Frage der Zeit; solange alle Staaten, Amerika inbegriffen, nur exportieren wollen und nicht kaufen können, wird sich der nötige Ausgleich schwerlich finden lassen. Weitere Voraussetzung der Selbsthilfe ist die Beseitigung des politischen Haders und Mißtrauens in den einzelnen Ländern. Darum kann die Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung in Bonn nicht hoch genug eingeschätzt werden, stellt sie doch den ernsthaften Versuch dar, in Deutschland eine föderative, demokratische Staatsordnung zu begründen, die die Fehler der ehemaligen Weimarer Verfassung vermeidet. Das Zustandekommen dieses westdeutschen Staatswesens, das offiziell den Namen „deutsche Bundesrepublik“ trägt, ist um so aner kennenswerter, als gewisse Vorkommnisse gar nicht geeignet waren, zugunsten der Alliierten gute Stimmung zu machen. Da war erstens die Ruhrkonferenz, in der die sechs beteiligten Weststaaten sich die Verwaltung über das wichtige Industriegebiet reservierten. Als Zweites kam dazu die Hunderttausende von Industriearbeitern auf die Gasse werfende Sabotagedemontage, besonders im Rheinland. Es ist an sich verständlich, daß die Siegermächte sich gegen die nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland praktizierte geheime Wiederaufrüstung sichern wollen, aber vier Jahre nach Kriegsende kommt der Abbruch der wirklichen oder vermeintlichen Kriegsindustrien und der einem unnötigen und unökonomischen Autarkiestreben dienenden Betriebe zu spät und muß als böswilliger Nachkriegsradikalismus empfunden werden. Deutschlands Arbeitsmarkt muß wachsenden Anforderungen gerecht werden. Denn zu Millionen sind die Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgekehrt und ebenfalls millionenweise machen die Flüchtlinge aus dem Osten dem eingeseffenen Arbeiter Konkurrenz.

Elf westdeutsche Länder haben das Bonner Grundgesetz angenommen, d. h. das Parlament stimmte ihm zu (Bayern allerdings nur zögernd und mit Vorbehalten, auch die katholische Kirche zeigte sich von den kulturellen Normen des Bonner Statuts wenig befriedigt). Aber es ist ein erster Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit (das Wort „deutsches Reich“ wurde geflissentlich vermieden). Freilich hat der Umstand, daß der ehemalige deutsche Osten nicht ebenfalls in die Reichseinheit einbezogen worden ist, in weiten Kreisen tiefe Erbitterung



Nach den Landsgemeindezeichnungen von Fitz und Mock und zahllosen Photographien einmal eine Landsgemeinde von oben gesehen. Die Aufnahme erfolgte an der Landsgemeinde in Hundwil vom 24. April 1949. Das Motorengeräusch des überfliegenden Flugzeugs hat aber allgemeines Mißfallen erregt. (Swiðair)

geschaffen, aber man sollte doch einsehen, daß unter den heutigen Umständen, angesichts des ideologischen Grabens zwischen Ost und West, das in den vorkriegszeitlichen Grenzen liegende Deutschland ein Phantasiegebilde bleibt. Bis die Geschichte diesen Graben überbrückt hat, wird noch viel Wasser die Oder hinunterfließen.

Auch außerhalb des westdeutschen Territoriums tendieren Länder mit gleichgerichteten Interessen und gleichen ideellen Zielsetzungen nach engerem politischem oder wirtschaftlichem Zusammenschluß. Im März trat im Haag die sogenannte Benelux-Konferenz zusammen in der Absicht, die Länder Belgien, Holland und Luxemburg in einer Wirtschaftsunion zu vereinigen. Der auf den 1. Juli geplante Pakt kam aber nicht zustande, da sich dem Eingehen auf denselben inzwischen allerhand ärgerliche Hindernisse entgegengestellt haben. Währungskonflikte vor allem stecken dahinter, so der Dollarmangel auf Seiten der Niederlande, wogegen Belgien sich eine freie Einfuhr aus den Vereinigten Staaten erlauben kann. Dazu kommt der Umstand, daß Holland eine schwer passive Handelsbilanz gegenüber Belgien hat, was den freien gegenseitigen Handelsverkehr, die selbstverständliche Voraussetzung einer Wirtschaftsunion, verunmöglichlicht.

Der internationale Rat der Europa-Union hielt im März in Brüssel eine Tagung ab; die Ziele dieser Bewegung sind sehr hoch gesteckt, beabsichtigt man doch nicht mehr und nicht weniger als eine UNO europäischen Formats, die Bildung eines europäischen Parlaments und einen europäischen Gerichtshof zum Schutze der Menschenrechte. Optimisten zählen bereits die Staaten auf, die in die Europa-Union gehören - die Schweiz ist auch dabei -, die Pessimisten bezweifeln, daß ein Parlament, in dem die akademischen Reden dominieren, viel zum Frieden wird beitragen können.

Im Gegensatz zu diesem noch ziemlich schemenhaften Europaplan steht ein anderes Gebilde mit sehr realen Zielen und im Besitze entscheidender Machtmittel: der Atlantik-Pakt. Die acht Staaten, welche für den Paktentwurf verantwortlich zeichnen, sind: USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg und Norwegen. In ihrem Namen sind weiter eingeladen worden: Dänemark, Island, Italien und Portugal. Ratifiziert ist der Pakt von 9 Staaten: USA, Großbritannien, Kanada, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Island, Frankreich und Portugal.

Der für zwanzig Jahre abgeschlossene, aber nach Ablauf von zehn Jahren revidierbare Vertrag verpflicht-



Offizieller Tag des Eidgenössischen Schützenfestes in Chur. Der Churer Stadtpräsident Nationalrat Dr. G. R. Mohr begrüßte die Ehrengäste, darunter den Bundesrat in corpore, die Spitzen unserer Armee, zahlreiche Mitglieder der Kantonsregierungen usw. (Photopreß)

tet die Parteien zunächst, alle internationalen Streitigkeiten, im Sinne der Charta der UNO, mit friedlichen Mitteln beizulegen. Sie sollen ihre „individuelle und kollektive Widerstandsfähigkeit“ gegen bewaffnete Angriffe durch Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützungen ausbauen. Als Kernstück des Paktes gilt Artikel 5. Danach werden die Vertragsstaaten „jeden bewaffneten Angriff auf einen ihrer Partner als Angriff gegen alle anerkennen“. Jeder von ihnen wird dem angegriffenen Vertragslande beistehen, in Ausübung des in Artikel 51 der Charta der Vereinigten Nationen anerkannten Rechts „auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“. Aus diesem Text geht klar hervor, daß der Atlantikpakt ein Verteidigungs-, nicht ein Angriffsplan ist, man weiß aber auch, gegen wen sich der Westen damit vorsehen will. Er ist das Gegengewicht gegen die östliche Staatenkoalition, die zwar auch ihren Friedenswillen beteuert, aber wegen den gleichzeitig durchbrechenden Weltrevolutionäsideen den Westen zu rechtzeitiger kraftvoller Abwehr zwingt. Eine deutliche Demonstration der westlichen Verteidigungskräfte lag in den im Juli durchgeführten großen Flottenmanövern im Golf von Biscaya und im Kanal von Dover.

Da der Kalendermann gerade von Konferenzen und Verträgen berichtet, darf er auch die Pariser Konferenz der Großen Vier, nämlich der Außen-

minister von England (Bevin), Frankreich (Schuman), USA (Acheson) und Sowjetrußland (Wyschinski) nicht unerwähnt lassen. Über die Hauptthemen: Vorbereitung des allgemeinen Friedens mit Deutschland und Staatsvertrag mit Österreich, ist so viel offen und hinter geschlossenen Türen diskutiert worden, daß die Welt die Hoffnung auf ein positives Ergebnis bereits aufgegeben hatte. Am 20. Juni konnte dann aber mitgeteilt werden, daß in bezug auf Österreich eine Verständigung erzielt worden sei, indem die Grenzen Österreichs von 1938 beibehalten, die Begehren Jugoslawiens also abgewiesen werden sollten, daß aber die Sowjetunion Anspruch mache auf alle Rechte und Interessen, die als deutsche Guthaben gelten würden, zugleich verlangt die Sowjetunion die Zahlung von 150 Millionen Dollar in frei konvertierbarer Währung. In bezug auf Deutschland konnte eine Einigung nicht erzielt werden, doch beschloß man, „die Bemühungen zur Erreichung des Ziels fortzusetzen.“

Erwähnt sei endlich noch die Bildung eines skandinavischen (Dänemark, Norwegen und Schweden umfassenden) Verteidigungskomitees und – ein Erfolg der östlichen Politik – der Abschluß der Donaukonvention von Belgrad, angenommen gegen die Stimmen Österreichs und der Westmächte, womit der Kalendermann das Kapitel „Weltfriedenspolitik“ oder wenigstens dasjenige der offiziellen Friedensbemühungen schließen kann. Solange aber die Völker selber nicht zum Frieden erzogen werden, vielmehr Niederlagen nicht verwinden können oder großwahn-sinnigen Herren Gefolgschaft leisten, ist dem Frieden nicht zu trauen.

#### Von Land zu Land

Der Leser sieht: im Mittelpunkt dieser internationalen Auseinandersetzungen stand Deutschland. Doch auch unsere Nachbarstaaten im Osten, im Süden und im Westen können sich weder in ihrer Außen- noch in ihrer Innenpolitik lösen von den großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen.

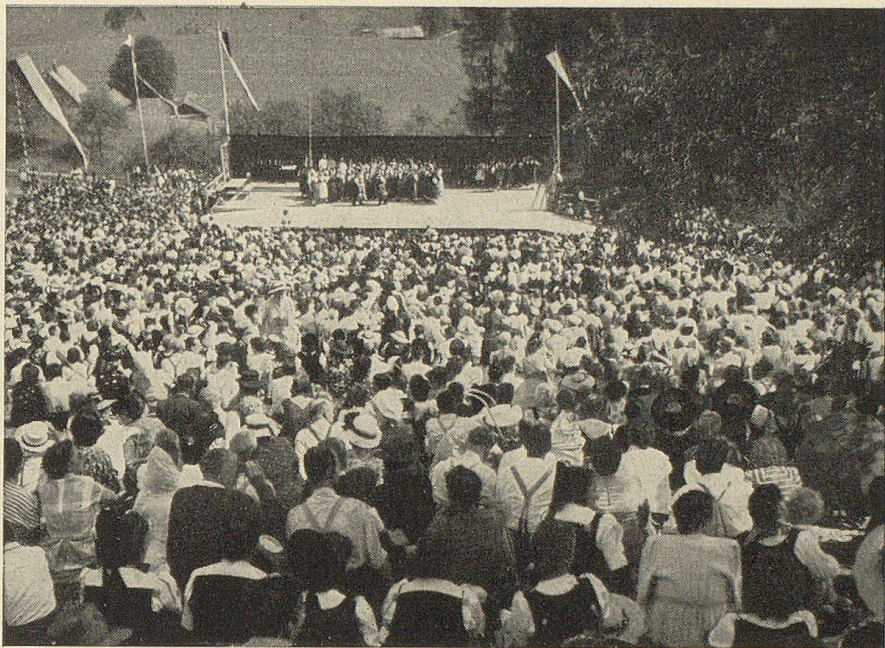
Mit ungewohnt scharfen Worten hat der Außenminister Österreichs, Gruber, die Besetzungsmächte aufgefordert, das Land zu verlassen, Österreich werde nächstens am Ende der Geduld sein. Er verlangte auch, Staatsvertrag hin oder her, daß endlich ein österreichisches Bundesheer geschaffen werde. Wie er sich das denkt, ist allerdings nicht klar, denn Österreich ist ein entwaffneter Staat, in dem nicht einmal die Polizei mit Feuerwaffen ihres Amtes walten darf. Gruber erlebte die Genugtuung, daß kurz nachher die Sowjetunion den stärksten Trumpf, den sie stets gegen den österreichischen Staatsvertrag ausgespielt, nämlich die Ansprüche Jugoslawiens auf Kärnten, preisgab. Was doch das Ende einer politischen Freundschaft – Stalin und Tito grüßen sich nicht mehr – für weittragende Folgen haben kann! Es bleiben aber für die österreichische Regierung der Sorgen genug. Der russische Bär hält seine schwere Faxe auf Eisenbahnen und Industriebetrieben, er holt sich einfach mit Gewalt seine Reparationen, für die der österreichische Staat mit Steuer-, Posttarif- und Bahnfracht-Erhöhungen aufkommen muß, was wieder

das Wirtschaftsleben lähmt und das Proletarierheer vermehrt.

Die Republik Italien konnte am 3. Juni auf ihr dreijähriges Bestehen zurückblicken. Mit diesem Tage war eine Militärparade verbunden, in der sich die kleine Armee in modernster Ausrüstung zeigte und damit dokumentierte, daß sie für die Regierung de Gasperi die viel bessere Stütze ist, als es die „8 Millionen Bajonette“ waren, mit denen der Duce seinerzeit geprahlt hat. Daß auch eine starke und wachsame Polizei ihres Amtes waltet, zeigt sich darin, daß immer wieder illegale Waffenvorräte entdeckt werden, kommunistische Geheimlager, die zeigen, daß die Elemente des Umsturzes immer noch an der Arbeit sind. Ihnen arbeiten freilich die sozialen Nöte unterster Volksschichten, hervorgerufen durch das Mißverhältnis von Preisen und

Löhnen, immer wieder in die Hände. Trotzdem regt sich ein kraftvoller Aufbauwille, die Ernährungslage bessert sich langsam, dem Wohnbauproblem ist im Rahmen des Marshallplans eine Vorzugsstellung eingeräumt, die schweren Kriegsschäden werden Schritt für Schritt behoben. Ein ganz besonders schweres Wahlversprechen hat die Regierung einzulösen in der Landreform, die 500 000 landarmen oder beschlosen Landarbeitern zugute kommen soll. Sie wird den Staat etwa 400 Millionen Lire kosten. Agrarreformen sind in allen Ländern der heftigsten Kritik ausgesetzt, da man es hier unmöglich allen Leuten recht machen kann. Zu diesen wirtschaftlichen Problemen kommen die politischen. In der Generalversammlung der Uno ist zu großer Enttäuschung des italienischen Volkes der Bevin-Sforza-Plan über die italienischen Kolonien zu Fall gekommen. So wie die Dinge jetzt stehen, soll von den ehemaligen kolonialen Eroberungen Italiens nur Somaliland, das wertloseste Gebiet, wieder unter die unmittelbare Hoheit Italiens fallen. Eritrea soll Abessinien angegliedert werden, Libyen soll ganz oder teilweise unabhängig werden. Diesen Vorschlägen stellt Italien sein ohne Kolonien kaum zu lösendes Auswanderungsproblem gegenüber. Dem Beitritt Italiens zum Atlantikpakt ist im Parlament eine 50stündige Redeschlacht vorausgegangen, hauptsächlich genährt durch die kommunistischen Obstruktionsredner.

Frankreich. Da kann der Kalendermann gleich weiterfahren, wo er vor einem Jahre aufgehört hat: bei den Ministerkrisen. Ende Juli 1948 trat das Ministerium André Marie ins Amt, einen Monat später verschwand es schon wieder in der Versenkung. Zum zweiten Mal berief man Schuman zur Leitung der Staatsgeschäfte, dessen Kabinett aber gestürzt wurde, bevor es die Arbeit aufgenommen hatte. Nach ihm trat ein Mann auf den Plan, von dem die Welt noch sehr wenig gehört: Henri



Schweiz. Trachtenfest in St. Gallen/Speicher vom 19. Juli 1949 (Photo-Krüsi, St. Gallen)

Dueville. Von ihm kann man sagen: er riß mit seinem persönlichen Einsatz das Land aus einer schweren politischen Krise. Er hat denn auch bis heute das Steuer des Staatsschiffes in fester Hand behalten. Er nahm im Oktober 1948 den schweren Kampf auf mit den Gewerkschaften, die mit großen Streikaktionen, vor allem der Grubenarbeiter und der Eisenbahner, das Wirtschaftsleben lahmlegten und nach kommunistischer Anweisung auch vor Gewalttaten und Sabotageakten nicht zurückschreckten, und setzte ihnen die bewaffnete Ordnungsmacht des Staates entgegen, bis sie den Rückzug antraten. Im Februar schickte er in der Kammer den des Landesverrats angeklagten und dabei noch gegen die Regierung heßenden Kommunistenführer Thorez mit schneidender Eloquenz heim. Die Provinzialwahlen im März endeten mit einer schweren Niederlage der Kommunisten und einer Stärkung der Regierungskoalition, wobei der allerdings sehr eigensüchtige Ziele verfolgende General de Gaulle die Hauptrolle unter Dach brachte. Tatsache ist, daß in dem sonst sehr linksradikal sich gebärdenden Parlament ein deutlicher Rechtskurs sich abzeichnet.

Und nun, von unsern Nachbarstaaten weg noch eine Umschau in weiterem Umkreis:

England schreitet auf dem von der Labourpartei bei ihrem Wahlsieg von 1945 proklamierten Wege der Sozialisierung der Wirtschaft unbeirrt von den nachteiligen Auswirkungen weiter. Die gleiche Partei betrachtete es auch als Gebot der Zeit, die militärische Dienstzeit von 12 auf 18 Monate zu erhöhen. Die letzte Verstaatlichungsmaßnahme betraf das gesamte Gesundheitswesen. Mit 333 gegen 203 Stimmen hat das Unterhaus auch die Verstaatlichung der Stahlindustrie beschlossen, wogegen sich freilich im Oberhaus noch heftiger Widerstand regt. Wer da nun aber meint, in solcher

verstaatlichter Wirtschaft sei das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufs beste geordnet, täuscht sich schwer, auch in England folgen sich die Arbeitskonflikte und Streiks Schlag auf Schlag und auch die Labourregierung muß Truppen aufbieten, um den lebensnotwendigen Warenverkehr von der See zum Lande aufrechtzuerhalten. Es zeigt sich halt immer wieder, daß mit papierenen Plänen gegen wirtschaftliche Zwangslagen nicht aufzukommen ist. Die neueste Erscheinungsform der britischen Wirtschaftsnöte ist die sogenannte Dollarkrise. England ist nämlich gezwungen, die Kosten für die planwirtschaftlichen Umstellungen und die großen Sozialleistungen auf seine Exportwaren zu schlagen, es wird damit zur Insel der überhöhten Preise. Ein Mittel des Ausgleichs wäre die Abwertung des britischen Pfundes, aber leicht wird mit einer solchen Maßnahme der Ruf der Währung überhaupt ruiniert. Darum werden die Arbeiter beschworen, die Leistungen zu steigern, ferner greift man zu weiteren Beschränkungen der Einfuhr. Wie lange wird man damit Erfolg haben? Daß sich im Volke Enttäuschung und Unwille breit macht, zeigten die Distrikts- und Gemeindevahlen im April/Mai 1949, ebenso die Gemeindevahlen in Schottland, in welchen das Pendel mächtig nach rechts ausgeschlagen hat. Besser ist die außenpolitische Position der Labourregierung. Der Kalendermann hat bereits Bervins Erfolge in der Sicherung des Atlantik und in der Frage des österreichischen Staatsvertrages erwähnt. Bavin erkannte, daß auch für das britische Commonwealth eine neue Zeit gekommen ist. Die Länder des Weltreiches haben in ihrer Konferenz im Mai ihre Einstellung zum Mutterland neu formuliert. Es gibt - eine Tatsache von historischer Bedeutung - keine britischen Dominions mehr, sondern Gliedstaaten, zum Commonwealth gehörende Länder. Vorauf ging hier Indien mit seiner neuen Verfassung. Indien ist als selbständige Republik Gliedstaat der Vereinigten Nationen, der König von England bleibt Symbol des Zusammenschlusses. Indien erlebt verfassungsrechtlich eine ganz revolutionäre Wandlung, denn die Einführung einer demokratischen Staatsordnung mit Rechtsgleichheit der Bürger und Aufhebung des Kastensystems und damit die Abschaffung eines uralten, unantastbaren religiösen Prinzips, das ist geistesgeschichtlich und politisch ein Ereignis von epochaler Bedeutung. Man mußte sich von Pandit Nehru, dem ersten indischen Ministerpräsidenten, sagen lassen, daß der Europäer im Fernen Osten nichts mehr zu befehlen habe und daß alle Kolonisationsideen der Vergangenheit angehören. Wie aber wird sich Indien der roten Invasion gegenüber verhalten? In Hinterindien, in Indochina, auf den niederländischen Besitzungen müssen sich die Europäer bereits einer sehr autoritären Woge entgegenstemmen, und erst China? Darüber an anderer Stelle noch ein Wort.

Wie soll man sich Spanien gegenüber verhalten? Darüber streiten sich die Leute schon lange herum. Im Dezember 1946 noch hat die Generalversammlung der UNO allen Mitgliedern empfohlen, die Beziehungen mit Spanien abzubrechen, im November 1947 gebrauchte man schon die starken Worte nicht mehr und beschränkte

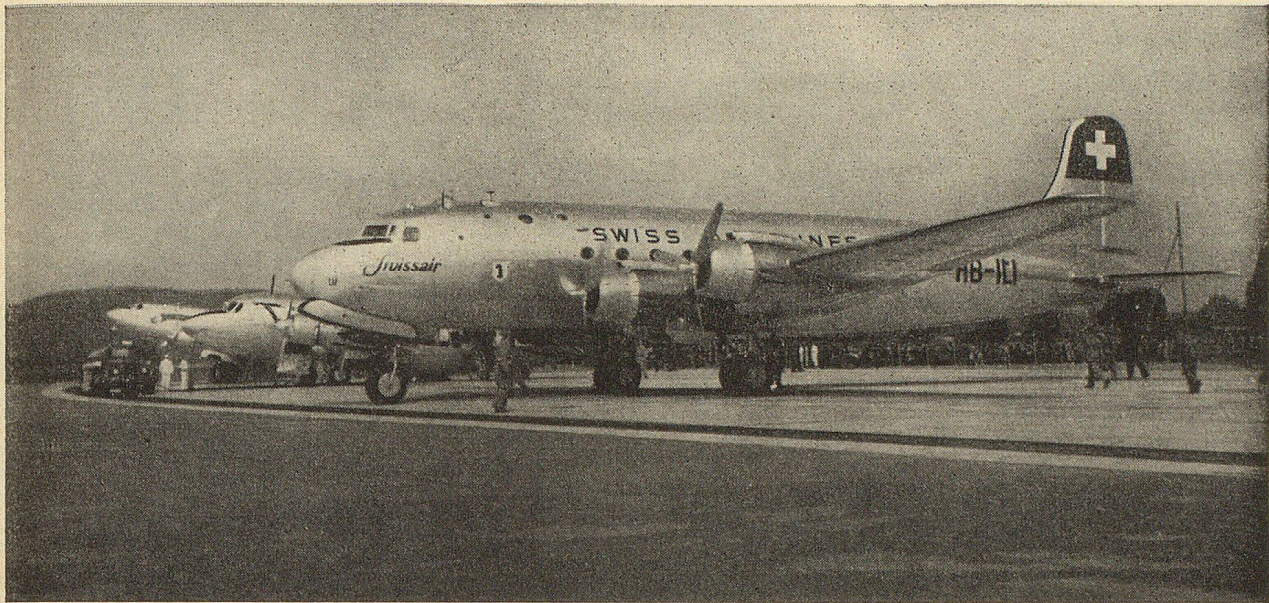
sich auf einen nichtsagenden Auftrag an den Sicherheitsrat, „seine Verantwortung zu übernehmen, wenn die Lage es erfordere“. Die Vernunft siegt also nach und nach über das Ressentiment. Man sieht ein, daß man Spanien so wenig wegen seiner Regierung bestrafen kann, als man „Volksdemokratien“ aus gleichen Gründen bestraft. Mit den ständigen Diskriminierungen Spaniens erreicht man nur, daß der Spanier sich erst recht auf seinen Nationalstolz versteift und die Türen den freiheitlich-fortschrittlichen Einflüssen von außen verschließt.

Portugal hatte seinen Präsidenten neu zu wählen. Eine freie Volkswahl nach unsern Begriffen war es nicht, sondern eine dirigierte Wahl, in der Carmona zum vierten Mal für eine Amtsdauer von sieben Jahren gewählt wurde. Ministerpräsident ist immer noch, seit 1926, Salazar, eine starke und durchaus integre Persönlichkeit, die im Dienste des Landes aufgeht, es aber nicht hindern kann, daß sich mehr und mehr freiheitliche Kräfte regen, die sich mit der Einpartei-Herrschaft nicht mehr stillschweigend abfinden wollen.

Belgien hat am 26. Juni das Parlament neu gewählt. Man hat diesen Wahlen mit Spannung entgegen gesehen, weil sie in der Königsfrage den Entscheid hätten bringen sollen. Für die Wiedereinsetzung Leopolds III., der seit dem Schicksalsjahr 1940 im Exil wohnt, setzt sich entschieden die katholische Partei der Christlichsozialen ein, während die Sozialdemokraten die Wiederherstellung des Königtums ebenso energisch bekämpfen. Nun brachten die Wahlen weder der einen noch der anderen Partei ein entscheidendes Übergewicht. Die Christlichsozialen verbuchten 43,5 % der Wählerschaft (1 % mehr als 1946), die Sozialdemokraten haben mit 29,8 % gegenüber 31,6 % 1946 nicht ganz 2 % eingebüßt. Die Liberalen sind von 8,9 auf 15,3 % vorgerückt, während die Kommunisten von 12,7 auf 7,5 % zurückweichen mußten. Die Leopoldfrage lastet nun weiter wie ein Bleigewicht auf der belgischen Politik. Als Sieger kann sich einzig der Prinzregent, der Bruder des Königs, Charles, betrachten, der in kluger politischer Zurückhaltung seinen Amtsgeschäften obliegt und der es nur bedauern wird, daß sein bester Berater, Ministerpräsident Spaak, nicht mehr die gleiche Machtstellung in Belgien einnimmt wie bisher.

In Holland hat Königin Wilhelmine, nach einer vollen 50 Jahre dauernden Regierungszeit, im 68. Altersjahre die Herrscherwürde niedergelegt. Ihre Tochter und Erbin, Prinzessin Juliana, hat die Nachfolge angetreten. Die 50jährige Regierungszeit Wilhelmines hat große Veränderungen im Weltbild und im Denken der Menschen gebracht. Der Sturm des Weltkrieges ist über das unglückliche Land gebrast, der Terror der Besetzungsmacht hat dem Freiheitsbewußtsein des holländischen Volkes neuen Sinn und Inhalt gegeben. Noch hält die „schwere Zeit“, von der Juliana bei ihrem Amtsantritt gesprochen, an, indem das Verhältnis Hollands zu seinen überseeischen Besitzungen eine tiefgreifende Umgestaltung erfährt.

Ein Blick noch auf die Nordstaaten. Schweden hat, noch im Zeichen der Landestrauer um den in Palästina ermordeten Grafen Bernadotte, das Parlament



Gewaltige Luftfahrzeuge vermitteln heute den modernen Personen- und Postverkehr (SwiBair)

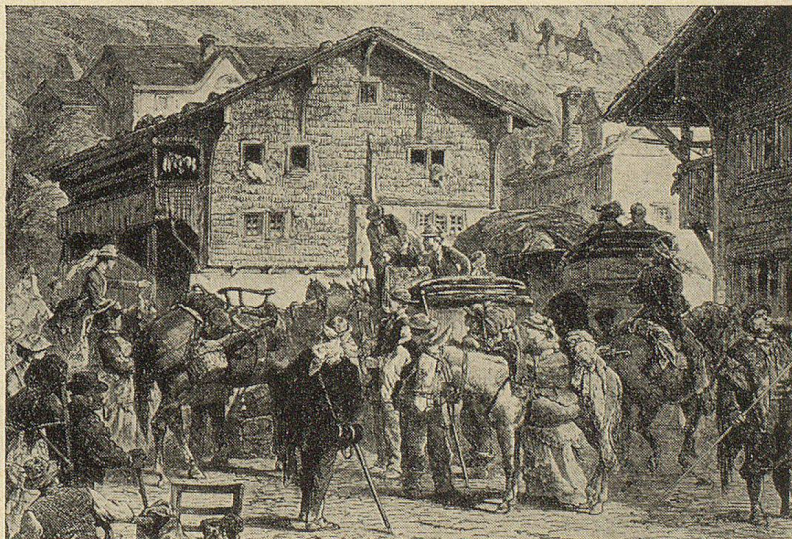
neu bestellt. Unter Rekordbeteiligung der Wähler rückte die liberale schwedische Volkspartei mit 57 Mandaten als stärkste Partei in die Zweite Kammer des Reichstages ein. Von den 380 Sitzen der beiden Kammern entfallen heute auf die bürgerlichen Parteien 172 und auf die Linke 208. Sehr heikle Probleme stellen sich der schwedischen Außenpolitik. Die Idee der strategischen Einheit Skandinaviens ist stark erschüttert worden durch den Beitritt der Nachbarländer Dänemark und Norwegen zum Atlantikpakt und die damit verbundene militärische und politische Isolierung Schwedens. Steht schon Schweden stark im Schatten der höchst misstrauischen Sowjetmacht, so ist die Stellung *F i n n l a n d s* noch viel unsicherer. Es wahr

sich zwar in der Innenpolitik eine bemerkenswert selbständige Haltung. Auch *Finnland* kämpft seinen „kalten Krieg“, indem es in Anerkennung der gegebenen geopolitischen Verhältnisse die Freundschaft mit Sowjetrußland pflegt, die Innenpolitik aber auf Grund des freien und geheimen Wahlrechtes in westeuropäisch-demokratischem Sinne gestalten will. Daß da allerhand Fußangeln

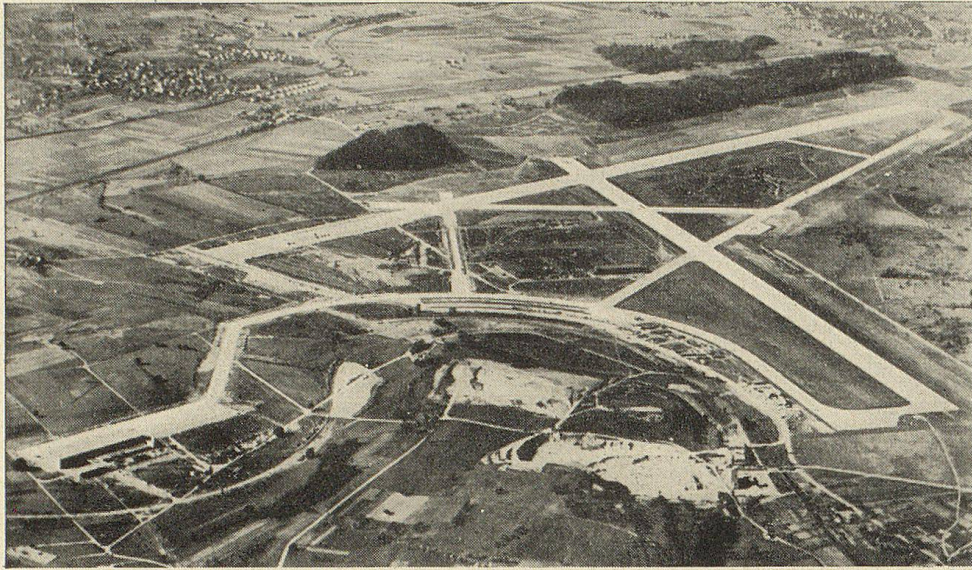
liegen, bewies der Parlamentsentscheid, in dem dem Minister Zagerholm mit 97 gegen 95 Stimmen, also mit 2 Stimmen Mehrheit, das Vertrauen ausgesprochen wurde. *Dänemark* hat im Juni die Jahrhundertfeier seiner Verfassung festlich begangen. Im Gegensatz zu *Norwegen*, das das Angebot eines Nichtangriffspaktes aus Moskau abwies und unter Führung des Außenministers Lange sich entschlossen mit den Atlantikpaktmächten verband, hat Dänemark seine Hemmungen, sich allzu enge an den Westen zu binden, denn das dänische Grönland ist seit dem Kriege vollends in die militärische Interessensphäre der Vereinigten Staaten gerückt. Der amerikanische Journalist Eippmann

hat sicher nicht ganz unrecht, wenn er den Skandinaviern abrät, sich in den Kometenschwanz des Nordatlantikpaktes zu drängen. Es sei besser Puffergürtel zwischen Ost und West zu bleiben.

Die Länder des europäischen Ostens u. Südens gäben dem Chronisten allein Stoff genug, die ihm zur Verfügung stehenden Kalendertafeln zu füllen. Auch was hinter dem sog. „Eisernen Vorhang“ geht, sit-



Der Postverkehr vor hundert Jahren. Ankunft der Gotthardpost in Hospental zirka um 1860. (Nach einer alten Zeichnung im Postmuseum in Bern).



Der internationale Flughafen Zürich-Kloten nach seiner Vollendung (Photopreß)

fert durch tausend Löcher durch, Flüchtlinge, die durch dunkle Wälder den Weg nach dem freien Westen finden oder auf dem Luftwege von ihren Posten durchbrennen, erzählen, was sie erlebt und gesehen. In Paris stand der Russe Kravchenko vor Gericht und hatte Gelegenheit, gegen die Anklagen der „Lettres francaises“ den Beweis für die Authentizität seines Buches „Ich wählte die Freiheit“ zu erbringen. Eine große Zahl von Zeugen hat dargetan, daß er in der Schilderung der Zustände hinter dem „eisernen Vorhang“ in keiner Weise übertrieb. Ins gleiche Kapitel gehört der Fall der russischen Lehrerin Kosenkina, die in New York durch Fensterprung sich den russischen Häschern entzog. Zwei wichtige Vorkommnisse geruhte der Kreml der Welt offiziell zu melden: 1. den Tod des gefürchteten Parteisekretärs Schdanow, des starken Mannes im Hintergrund, der in der Nebenregierung des Politbüros die Zügel straff hielt, und 2. den Wechsel im Außenministerium, indem im März Molotow durch Wjsschinski ersetzt wurde. Ferner wurde im Außenhandelsministerium Menschikow an Stelle Mikjans und im Kriegsministerium wurde Bulganin von Marschall Wassilijewskij abgelöst. Die Gründe solchen Revirements braucht das Volk ja nicht zu wissen.

In den Satellitenstaaten Ungarn, Bulgarien und Tschechoslowakei liegen Kirche und Staatsgewalt miteinander in schwerem Kampfe. Es ist zugleich der Kampf zwischen Rom und dem Patriarchat von Moskau. Dieses griechisch-orthodoxe Patriarchat besorgt unter dem Deckmantel der Religion die politischen Geschäfte des Kremls. Ihr stärkster Gegenspieler ist die römisch-katholische Kirche, gehören ihr doch in Ungarn zwei Drittel, in der Tschechoslowakei 89 %, im heutigen Polen, wo der Konflikt sich ebenfalls verschärft, fast die ganze Bevölkerung an. Der unveröhnliche Gegensatz liegt darin, daß beide, Staat und Kirche, hier mit Totalitätsansprüchen gegeneinander prallen.

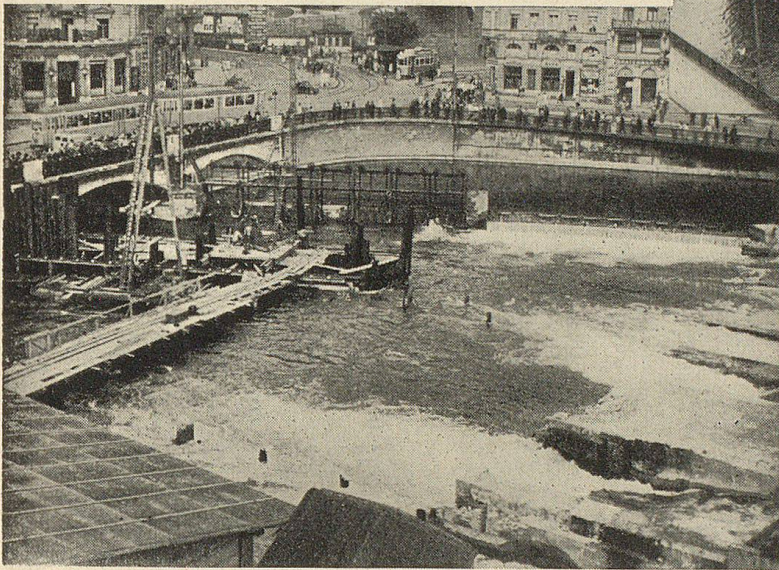
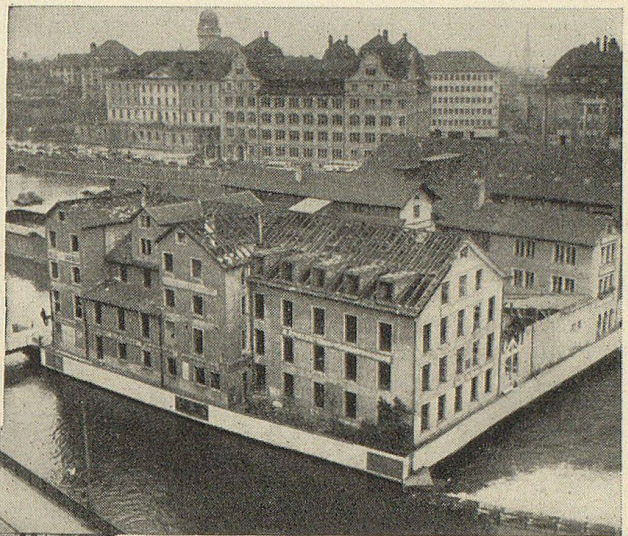
länglichem Gefängnis bestraft, während seine Mitangeklagten während Nahren und lebenslänglich hinter Gefängnismauern verschwinden. Gleich verfuhr man mit 15 protestantischen Pastoren in Bulgarien, auch von diesen wurden vier auf Lebenszeit eingekerkert – an der kleinen protestantischen Minderheit wollte die rote Diktatur ein Exempel statuieren. In der Tschechoslowakei geht das Ringen zwischen Ministerpräsident Gottwald und Erzbischof Beran, einem tapferen Kämpfer, der auch aufrecht geblieben ist, als ihn die Nazi im Konzentrationslager Dachau in Haft behielten, weiter. Auch in Polen ist der Kampf gegen die Kirche im Gange, aber er wird dort mit besonders raffinierten Mitteln geführt, denn das katholische Volk widersteht energisch der Zermürbungstaktik der Regierung. Man sucht die Kirche, wie in der Tschechoslowakei, von unten her, durch Schaffung einer Nationalkirche, zu unterhöheln. Im Laufe des letzten Jahres wurden mehr als 500 Priester und Mönche verhaftet, was diese an Brutalitäten erdulden müssen, bleibt hinter den Mauern der Gerichtsgebäude verborgen. Stößt die geistige Eroberung Polens auf Widerstand, so schreitet dafür die militärisch-politische Besetzung ungehemmt fort, der Kreml ist daran, Polen für den Kriegsfall zu einer mächtigen Angriffsbasis gegen Westen auszubauen.

Im Süden nehmen Jugoslawien und Griechenland eine Sonderstellung ein. Moskau beschuldigte Tito des Verrats am Kommunismus und brach alle Brücken ab, die einer Wiederannäherung der beiden kommunistischen Lager dienen könnten. Tito läßt sich zwar nicht einschüchtern, sein Kommunismus, sagt er, ist ebenso fest begründet wie derjenige Stalins, was ihn aber nicht hindert, beim kapitalistischen Westen Handelsbeziehungen anzuknüpfen, ja sogar wegen einem Anleihen zu sondieren, um daraus landwirtschaftliche Maschinen und Fabrikarüstungen zu kaufen. Griechenland steht nun im dritten Jahr des blutigen Bürger-

Die politischen Machthaber dulden keine kritisierende, nur eine ihnen dienende Kirche, die Kirche ihrerseits beruft sich auf den göttlichen Auftrag, die Menschen überall, auch innerhalb der staatlichen Machtsphäre, zu führen und zu lenken. Die Methoden des Kampfes gegen die Kirche sind schlaue ausgedacht, man beraubt sie einfach ihrer repräsentativen Gestalten. In Ungarn wurde Kardinal Mindszenty des Hochverrats und des Schwarzhandels mit fremden Währungen angeklagt und, nachdem seine Widerstandskraft künstlichen Mitteln gebrochen war, mit lebens-



krieges, in dem die Regierungstruppen den Vorteil der modernen Bewaffnung, die Partisanen den Vorteil der starken Gebirgsstellungen und der Zufuhr aus den nördlichen Grenzgebieten (Albanien, Jugoslawien, Bulgarien) hatten. Aber seit Moskau den Rebellenführer Markos hat fallen lassen, bröckelt die Widerstandskraft der Aufständischen doch langsam ab. Nach offiziellen Mitteilungen haben die Aufständischen im ersten Halbjahr 1949 an Toten, Verwundeten und Gefangenen nahezu 20 000 Mann, die Regierungstruppen 1100 Mann verloren. Hunderttausende von Flüchtlingen vermehren das Elend in dem nun seit dem Jahre 1939, dem schmählichen Einfall Italiens von Albanien her, ständig von Kriegen heimgesuchten Lande. Einen schweren persönlichen Ver-



Ein Stück Alt-Zürich verschwindet. Abbruch der Häusergruppe in der Limmat zwischen Mühlesteig und Bahnhofbrücke. Damit wird der Ausblick von der Bahnhofbrücke auf die Limmat und See frei. (Photopress)

lust erlitt das Land durch den Hinschied des Erzbischofs Damaskinos. Dieser Kirchenfürst war zugleich der tapfere geistige Leiter der Widerstandsbewegung in der Besatzungszeit. Es bedurfte eines Mannes von seinem Ansehen, um während der Landesabwesenheit des Königs die Regentschaft zu übernehmen und mit starker Hand zu verwalten. Er trat für die verfassungsmäßige Kontinuität ein und verkörperte eine sittliche und moralische Kraft, der Griechenland unendlich viel zu verdanken hat. Nicht lange nach ihm, im Juni, starb plötzlich auch Ministerpräsident Soghulis. Sein Nachfolger wurde Alexander Diomedes. - Fürchterliche Dinge geschehen heute in Albanien, wo seit Kriegsende Hunderte von katholischen Geistlichen eingekerkert, deportiert oder ermordet worden sind. Vollständig sowjetisiert ist heute Rumänien. Ausländer, die seit längerer Zeit in Rumänien gelebt haben, können das Land nicht verlassen, ohne daß ihnen ihre ganze Habe vorher heimlich weggestohlen wird. Wie man das macht, hat der Pseudo-Diplomat Bitianu vor den schweizerischen Gerichts-

schränken enthüllt. Und wie in Bukarest mit Lüge und Entstellung gegen den Westen gearbeitet wird, haben die rumänischen Kommentare zu jenem Prozeß gezeigt. In einem Moskauer Sanatorium ist der bulgarische Ministerpräsident Georgi Dimitroff gestorben. Dieser Name wurde erstmals im Reichstagsbrandprozeß bekannt. Der Ministerpräsident ist im Januar, weil er vom engern Zusammenschluß der Balkanvölker sprach, von Moskau aus gerüffelt worden, ist dann zu Kreuze gefrohen und wird jetzt, da er tot ist, als kommunistischer Held und Führer gefeiert.

Von den ehemals freien Völkern des Baltikums kann der Kalendermann leider jedes Jahr nur immer dasselbe sagen: ihre Lage ist hoffnungslos! Zu Zehntausenden werden Männer, Frauen und Kinder nach dem Fernen Osten deportiert. Das kann keinen andern Zweck haben, als diese Menschen erbarungslos zu vernichten.

Und nun noch ein Flug in die Weite, über Meere und Kontinente:

Die Vereinigten Staaten erlebten wieder einen Präsidentschaftswahlsturm. Das Resultat des avouierten sozusagen alle Wahlpropheten in und außerhalb Amerika. Die Kongresswahlen von 1947 brachten bekanntlich einen Sieg der republikanischen Partei, wodurch der Demokrat Truman sich einem Parlament gegenübergestellt sah, das gleichviel Macht besaß wie er mit seinem Vetorecht. Nun glaubte alle Welt an einen Wahlsieg des Republikaners Dewey. Aber Truman schwang obenauf mit 23 Millionen gegen 21 Millionen Stimmen, die auf Dewey entfielen. Der Ausgang des Rennens kam um so überraschender, als sich Truman scheinbar einflussreicher abtrünniger Gruppen aus der eigenen Partei zu erwehren hatte, nämlich der Dissidenten zur Linken (Wallace) und auch jener zur Rechten

(Demokraten der Südstaaten). Wallace mußte sich mit gut einer Million und Thurmond mit 925 000 Stimmen zufrieden geben. Der Erfolg Trumans wurde unterstrichen durch den Ausgang der Wahlen für das Repräsentantenhaus sowie die Teilerneuerungswahlen des Senats und der Gouverneure. Im Repräsentantenhaus sitzen nun 263 Demokraten (Gewinn 77) und 171 Republikaner (Verlust 76), im Senat verfügen die Demokraten über 54, die Republikaner über 42 Sitze. So kann Truman nun für längere Zeit auf eine stabile parlamentarische Mehrheit zählen. In Südamerika war es von jeher Brauch, daß bald in diesem, bald in jenem Staate eine revolutionäre Bewegung aufflammt und meist wieder zusammensinkt. Von großer Bedeutung ist die Regelung der handelspolitischen Beziehungen Argentiniens mit der Außenwelt. Nach einem mit Großbritannien zustande gekommenen Vertrag wird Argentinien der hauptsächlichste Fleischlieferant, wogegen sich England den Markt für Industrieprodukte und besonders für Petroleum gesichert und damit die USA ganz aus diesem Geschäft verdrängt hat.

Im Januar ist Staatssekretär Marshall von seinem Posten als Leiter der Außenpolitik der USA zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde Dean Acheson ernannt.

Die Parlamentswahlen in Kanada haben einen alle Erwartungen übersteigenden Sieg der liberalen Regierungspartei erbracht. Standen bisher den 125 Vertretern der Regierungspartei 120 Stimmen der Opposition gegenüber, darunter 69 Konservative und 32 Sozialisten, so sitzen heute die Liberalen mit 192 Sitzen noch viel fester im Sattel.

Im afrikanischen Kontinent wird die Parole „Los von Europa“ immer vernehmlicher ausgegeben. In Ägypten bemächtigt sich infolge schwerer Ausschreitungen der Ausländer ein Gefühl der Unsicherheit. Der Sudan will sich selbständig machen, wie die Cyrenaika sich bereits mit einem eigenen Staatsoberhaupt wichtig macht. In Südafrika zeigten blutige Zusammenstöße zwischen Indern und Zulus, in welch gefährliches Fahrwasser die Regierung Malan mit ihrer Rassenpolitik geriet.

Asien. Was für ungeheure Kräfte sich in diesem Kontinent zusammenballen, hat der Kalendermann schon in der Besprechung des britischen Commonwealth angedeutet. In Palästina sind die Juden Sieger über die von Anfang an brüchige arabische Union geworden. Der einzige Gegner, der militärisch keine fühlbare Schlappe einzufassieren hatte, war König Abdullah von Transjordanien, aber da die andern ihm nicht trauten, ließ er seine Verbündeten ebenfalls im Stich. So ist denn im Januar der Staat Israel proklamiert worden, der de facto bereits von fast allen Mächten anerkannt worden ist. Der Staat schritt im Januar zur Wahl der verfassungsgebenden Versammlung, in der die sogenannte Mapei-Partei mit 40 Sitzen die führende Stellung einnimmt. Der Kalendermann hat schon früher auf die Terrorakte hingewiesen, der sich das Judentum in Palästina schuldig gemacht hat; ein solcher Akt war der Neuchelmord am Beauftragten der UNO, am schwedischen Grafen Bernadotte. Leider hat das Gericht die Mörder bisher nicht erreichen können. Ungelöst blieb bis

heute auch das Problem der arabischen Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden in unvorstellbarer Not leben.

Aus Indien kam die Kunde vom Tode Ali Jinnah, des Gründers des indischen Moslemstaates Pakistan und ersten Generalgouverneurs des gleichnamigen Dominions. Er genoß unter den 95 Millionen islamitischen Indern ein Ansehen, das nur der Verehrung Gandhis unter den Hindus zu vergleichen ist.

Holland glaubte bereits zu einem erträglichen Verhältnis mit den „Vereinigten Staaten von Indonesien“ gekommen zu sein, mußte es aber erleben, daß mordende Banden nach wie vor gegen seine Staatsangehörigen vorgingen. Es sah sich zu einer „Polizeiaktion“ genötigt, mußte sich die Einsprache des Sicherheitsrates der UNO gefallen lassen und hofft nun durch ein neues Abkommen endlich den Frieden in jenem Inselreich wieder herzustellen. Gleiche Schwierigkeiten haben die Franzosen in Indochina. Kaiser Bao Dai hat die Souveränität Vietnams proklamiert, aber Salutschüsse und Glockengeläute täuschen nicht über die innere Zerissenheit weg, die ihm das Regieren noch sehr schwer machen wird. Drunter und drüber geht es im Dschungel von Malaja und in Burma, wo wilde kommunistische Banden dem Volk die rechten Begriffe von „Volksdemokratie“ beibringen.

Die wichtigsten Entscheidungen aber fielen in China. Im Oktober noch glaubte man das Machtstreben der chinesischen Kommunisten in der Mandchurei nicht besonders ernst nehmen zu müssen. Wie weit weg liegt doch diese Mandchurei! Aber gerade die Mandchurei hat ihnen gewaltige Bodenschätze, industrielle Produktionsmittel und vor allem Waffen, aus japanischen Heeresvorräten, in die Hand gegeben. Als sie ins eigentliche chinesische Reich einbrachen, wandte sich die chinesische Nationalregierung an die USA um Hilfe, erhielt aber eine „bedauernde Abfuhr“. Denn zuviel amerikanisches Material ist bereits von einem korrupten Beamtentum vernachlässigt und dem Feinde überlassen worden. So fielen denn nacheinander Peking, Tientsin, Kanton, Schanghai in die Hände der gut geführten, vom Siegerwillen beflügelten kommunistischen Armeen. Marshall Tschiang Kai-scheck, der im Kampf gegen Japan siegreich durchgehalten hat, weilt heute auf der Insel Formosa. Noch ist der Weg bis ins südliche China weit, aber Großbritannien blickt schon mit Besorgnis auf Hongkong, das britische Handelszentrum und die nach Singapur bedeutendste Festung des Fernen Ostens. Der kommunistische Vormarsch scheint nun am Südufer des Jangtse zu vorläufigem Stillstand gekommen zu sein. Denn die Eroberer werden nun noch genug damit zu tun bekommen, den Brocken zu verdauen, d. h. das riesige besetzte Gebiet in kommunistischem Sinne politisch und wirtschaftlich umzugestalten.

Mit diesen Vorgängen in China ist natürlich auch die amerikanische Japan- und Fernostpolitik in eine bedenkliche Zwischmühle geraten. Welche Rolle werden die 80 Millionen Japaner in dieser fernöstlichen Umwälzung noch spielen? Was wird mit dem heute in zwei Teile zerfallenen Korea noch geschehen? Der Kalendermann maßt sich nicht an, vorauszusagen, was im dunkeln Schoß der Zukunft verborgen liegt.

Am Schluß dieses politischen Kapitels könnte nun noch eine unpolitische Unglückschronik eingeschaltet werden. Aber sie würde zu lang, nur auf die unheimliche Serie von Flugzeugabstürzen sei noch hingewiesen: 4. Mai Katastrophe von Turin, 34 Mann des Fußballteams „Torino“ tot; 23. Juni KLM-Flugzeug stürzt bei Bari ab, 38 Tote; 13. Juli Abstürze in Indien, Kalifornien und an andern Orten fordern zusammen 80 Todesopfer. Leicht könnte diese Unglücksliste noch verlängert werden.

### Heimatlicher Rundblick

Der Kalendermann hat letztes Jahr die wichtigsten Probleme aufgezählt, die den Schweizerbürger (so er nicht zu den politischen Schlafmützen zählt) innerlich beschäftigen müssen. Er nannte dabei als das wichtigste die Bundesfinanzreform. Diese zentrale Frage unserer Staatswohlfaht ist leider auf einen toten Punkt geraten. Der Rat der Nation hielt fest an der Erhebung einer eidgenössischen Schuldentilgungssteuer (2. Februar 101 gegen 79 Stimmen), der Rat der Stände lehnte diese Steuer ebenso entschlossen ab (23. März 27 gegen 11 Stimmen) und in den nachfolgenden Differenzvereinigungsdebatten kam man auch nicht mehr über den trennenden Graben hinweg. Nun bleibt nichts anderes übrig, als eine auf kürzere oder längere Zeit befristete Übergangsordnung in Kraft zu setzen. „Kommt Zeit kommt Rat“ heißt es in Schillers „Wilhelm Tell“. Aber ob nach nochmaligem Finanzprovisorium die einigende Tat sich leichter einstellen wird, wagt der Kalendermann angesichts der unaufhörlich auf die Bundeskasse abzielenden Begehlichkeiten zu bezweifeln. Die Parlamentschronik verzeichnet noch die folgenden wichtigen Beschlüsse: Annahme der neuen Militärorganisation. Revision des Militärversicherungsgesetzes. Beitritt der Schweiz zur UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur) und zum Pariser Abkommen über europäische Zusammenarbeit (Mitwirkung der Schweiz an der Marshallplanhilfe). Dem Volksentscheid unterbreitet wurde der revidierte Bundesverfassungsartikel 39 betreffend Zwangskurs der Banknoten und das durch das Referendum angefochtene Tuberkulosegesetz. Der 22. Mai brachte eine zwiefache Überraschung; der in der Öffentlichkeit wenig angefochtene Artikel 39 wurde mit 468 823 Nein gegen 293 650 Ja und mit 20½ Ständestimmen, das heftig umstrittene Tuberkulosegesetz, das das ganze Schweizervolk periodischen Untersuchungen unterstellen wollte, gar mit 613 552 Nein gegen 202 863 Ja verworfen. Mehr als einmal mußten sich die Herren Bundesräte in Gala werfen bei hohen Besuchern; es kamen, um nur die wichtigsten zu nennen, der Schah von Persien, der französische Ministerpräsident Schuman und der englische Feldmarschall Montgomery zu amtlicher Visite in die Bundesstadt.

Hatte der eidgenössische Staatsbürger vor großen Wahlkämpfen Ruhe, so war das Jahr dafür erfüllt von kantonalen parteipolitischen Ausmachungen. Sie brachten sozusagen auf der ganzen Linie eine Verstärkung der freisinnigen Positionen. In

Genf gewannen die Freisinnigen 8 Sitze, die PdA verlor deren 12. In Schaffhausen machten die Freisinnigen und einige kleinere Parteien Gewinne auf Kosten der Sozialdemokraten und der Bauernpartei. Ein ähnliches Bild ergaben die Aargauer Wahlen: Gewinne der Freisinnigen und der Konservativen auf Kosten der Sozialdemokratie, der Bauernpartei und der PdA. Solothurn meldet ebenfalls eine kleine Verstärkung der freisinnigen und katholischen (Volkspartei) Fraktion. In Graubünden haben sich die Freisinnigen mit 7 neuen Mandaten erstmals seit 1919 an die Spitze aller kantonalen Parteien gesetzt. Von kantonalen Sachabstimmungen sind besonders zu beachten: Bern hat ein neues Steuergesetz angenommen, Uri ein solches verworfen, Thurgau und Aargau lehnten kantonale Subventionen zur Förderung des Wohnungsbaus ab, Solothurn wollte in Sachen Frauenstimmrecht nicht aus der Reihe tanzen und verabschiedete ungnädig die Vorlage betreffend partielles Frauenstimmrecht.

Die Landsgemeinde von Appenzell A. Rh. in Hundwil ehrte Regierungsrat und Obergericht mit sozusagen einstimmiger Bestätigung. Von den Sachvorlagen wurden drei, das neue Straßengesetz, der Kredit für die Erweiterung des Zeughauses in Teufen und die Aufhebung der kantonalen Altersversicherung, angenommen, zwei dagegen, das neue Wirtschaftsgesetz und die sozialdemokratische Initiative betr. Besoldung und Pensionierung der Regierungsratsmitglieder, verworfen. Die Landsgemeinde von Appenzell stimmte der neuen Zivilprozessordnung und der Zusatzsteuer für das Armenwesen zu.

Hoch gingen die Wogen der Festesfreude am Eidgenössischen Schützenfest in Chur vom 23. Juni bis 11. Juli und an vielen kantonalen festlichen Veranstaltungen. Ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes war das von herrlichem Sonnenglanz begünstigte Schweizerische Trachtenfest (8./9. Juli) in St. Gallen und auf der aussichtsreichen Festwiese in Speicher. – In Viestal und Dornach gedachte man in einer Erinnerungsfier des Entscheidungskampfes im Schwabenkrieg vom 22. Juli 1499. – Aber auch Tage des Unglücks und der tiefen Trauer sind nicht ausgeblieben. Am 12. Januar hat der Brand eines Kinderheimes in Chateau d'Or 14 Todesopfer, 12 Kinder und 2 Erwachsene, gefordert. Am 12. Juni hat ein verheerendes Feuer die Heimstätten der Bewohner des Bündner Dörfchens Selva vernichtet. Schmerzliches Aufsehen erregte auch die Kette von Fliegerunglücksfällen, denen so manche unserer tüchtigen Militärpiloten zum Opfer gefallen sind.

Im Winter 1948/49 hat unsere Stromversorgung wieder wegen allzu früh erschöpften Speicherbecken bedenklich versagt; in Industrie, Gewerbe, Verkehr und privatem Stromverbrauch mußten einschneidende Einschränkungen verfügt werden. Dringlich ist darum der Ausbau weiterer Stromerzeugungswerke. Ein lange dauernder Streit, „freundnachbarlich“ ausgefochten zwischen der bündnerischen und der tessinischen Wasserhoheit, endete durch den Bündner Volksentscheid vom 23. Januar so, daß das Projekt Greina-Nord mit Blenio zusammenbrach. In die Lücke tritt nun das erweiterte

Rabiusawerk, Rabiusa, Zervreila genannt. Mit Italien sind erfolgreiche Verhandlungen gepflogen worden über die gemeinsame Ausbeutung eines Stausees im Val di Lei, wobei der Stausee auf italienischem Gebiet, das Kraftwerk auf schweizerischem Boden erstellt würde (was zwar die Opposition der Naturschutzfreunde und der Freunde des Nationalparks auf den Plan rief). Der Tessin seinerseits sichert sich nun eine höchst ergiebige Kraftquelle durch den Bau des Maggiawerks. In der Westschweiz ist man auch nicht müßig, Freiburg konnte im Oktober festlich die Einweihung des Greizersees und des Kraftwerkes Rossens begehen.

Nicht der Kraftgewinnung, sondern der Verkehrsanie rung in der Bahnhofsgegend von Zürich dient der Abbruch der über der Limmat gebau ten Mühlesteghäuser, womit zugleich eine Unschön heit der alten Stadt Zürich verschwindet.

Da der Kalendermann ge rade von technischen Neuerun gen spricht, darf er auch den Ausbau des internationalen Zivilflugdienstes nicht verges sen, für den der Bund und der Kanton Zürich viele Mil lionen ausgeben. Dafür hat die Schweiz im Großflug platz Kloten ein moder nes Verkehrszentrum, auf dem bereits die größten und neue sten Typen der Fernverkehrs flugzeuge landen.

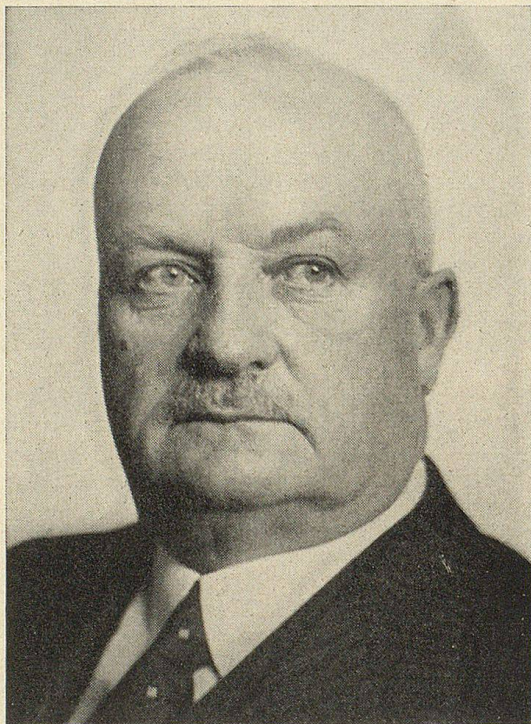
Lieber Leser! Absichtlich stellt der Kalendermann jedes Jahr das große Weltgeschehen und das Erleben in unserem lie ben Schweizerland nebenein ander. Wir haben unser eigen Glück und unser eigen Leid, unsere eigenen Erfolge und unsere eigenen Sorgen. Wenn wir uns alle die blutigen Kämpfe, die leidenschaftlichen Zusammenstöße, die wirt schaftlichen Krisen und die Elendszustände in vielen Ländern vergegenwärtigen, so werden wir uns der glück lichen Geborgenheit in unserem kleinen, aber soliden Schweizerhaus bewußt. Seien wir dankbar für dieses Glück! Halten wir uns dessen würdig!

#### Totentafel

Wir Toten, wir Toten sind größere Heere als ihr auf der Erden, als ihr auf dem Meere!

läßt C. J. Meyer den „Chor der Toten“ sprechen, und mit jedem Tag wird die Zahl derer größer, die „pflüg ten das Feld mit geduldigen Taten“. Wir greifen einige aus der Zahl der seit dem letzten Kalenderbericht Ver storbenen heraus, gedenken aber dabei aller, die ihr irdisches Tagewerk ehrlich und tüchtig nach besten Kräf ten erfüllt haben. Alt-Nationalrat und Alt-Regierungs

rat Dr. Adolf Seiler in Diestal war ein bedeutender Kenner der Rechts- und Finanzangelegenheiten, der als Finanzchef des Finanzwesens des Kantons Baselland auf eine gesunde Basis stellte, so daß es den Anforderungen der Kriegszeit standhielt. Eine bekannte Erscheinung des politischen Frei sinns im Kanton Bern und darüber hin aus, ein schlagfertiger Debatter, dem auch der Humor nicht fehlte, war der mit 73 Jahren in Steffisburg ver storbene Alt-Nationalrat Fürsprech Hermann Schüp bach. Mit 76 Jahren starb in Thun Oberstdivisionär Otto Hilfiker, der ehemalige Waffenchef der Genie truppen, der im ersten Weltkrieg das Telegraphenwesen



Alt Nationalrat Hermann Schüpbach †

unter sich hatte. Zur Schar der Berufsoffiziere gehörte auch der im 82. Lebensjahre in St. Gallen verschiedene frühere Kreisinstruktor der damaligen 6., heute 7. Division, Oberst Fritz Stahel, der es besonders verstanden hat, den richtigen Kontakt zwi schen den verschiedenen Waf fenplätzen, den Zivilbehörden und der Bevölkerung herzu stellen. Zuletzt kommandierte er als Truppenführer die Inf. Brig. 21. Eine vielumstrittene Persönlichkeit war Dr. Otto Heußler, 1884 in Zürich ge boren. Sein energisches Vor gehen als außerordentl. Unter suchungsrichter in den Wirren 1918/19 führte zu seiner Wahl als Polizeiinspektor der Stadt Zürich, in welchem Amte ihn der Stadtrat 1929 nicht mehr bestätigte, worauf ihn der Re gierungsrat zum Direktor der kantonalen Strafanstalt wähl te. Hier machte er sich in Sa chen des Strafvollzuges und der Entlassenenfürsorge ver dient. Seine Tätigkeit im

Schoße des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes zwang ihn zum Rücktritt, der ihn tief verwundete, da er glaubte, zum Wohl seines Vaterlandes gehandelt zu haben. Ausgezeichnete Dienste leistete er auch als Platzkommandant von Andermatt. Um die Melioration des Linthgebietes machte sich der Chef des Eidg. Me liorationsamtes Bern, Oberstbrigadier Alfred Strü by verdient, der, 1889 in Solothurn geboren, den Folgen eines Schlaganfalls erlag. Einer Gasvergiftung durch Leitungsbruch fiel mit 58 Jahren Richard Rö nig, Professor der Nationalökonomie an der Univer sität Bern und Präsident der Bernischen Kantonalbank zum Opfer. Der im Jahre 1880 in Schaffhausen ge borene Dr. Hans Ver va is besaß die Eigenschaften des Charakters und des Herzens für die schwierige Auf gabe eines Direktors der Schweizerischen Unfallversiche rungsanstalt in Luzern. Dabei beschäftigte ihn die Frage der Unfallverhütung in besonderem Maße. Eine wichtige



1. Professor Dr. Ernst Hafter, Kilchberg-Zürich. 2. Alt Nationalrat August Gattiker, Richterswil. 3. Alt Nationalrat Dr. Adolf Seiler, Liestal. 4. Alt Nationalrat Dr. med. Oscar Ullmann, Mammern. 5. Professor Dr. Richard König, Bern. 6. Diakon Dr. h. c. Jakob Künzler, Armenien. 7. Heinrich Schuler-Honegger, Fabrikant, Wetzikon. 8. Professor Dr. Wilhelm Ehrenzeller, St. Gallen. 9. Oberstbrigadier Alfred Strüby, Bern. 10. Dr. Hans Gervais, Direktor der Schweiz. Unfallversicherungsanstalt, Luzern. 11. Oberstdivisionär Otto Hilfiker, Thun. 12. Oberst Otto Heußer, Zürich

Rolle im wirtschaftlichen Leben seiner Heimat spielte Alt-Nationalrat August Gattiker von Richterswil, der mit 76 Jahren starb, aber auch der Fabrikant Heinrich Schuler-Honegger in Wetzikon. Der gebürtige Glarner darf zu den Pionieren der Textilindustrie gezählt werden und starb im Patriarchenalter von 92 Jahren. Internationalen Ruf hat die Kuranstalt Mammern am Untersee unter der hervorragenden Leitung ihres Besitzers Dr. med. Oscar Ullmann erlangt. Der 87jährig Verstorbene betätigte sich auch eifrig auf politischem Gebiet und war 24 Jahre Nationalrat. Einer der großen Auslandschweizer war der medizinische Ehren doktor der Basler Universität, Jakob Künzler. Der Name dieses Appenzellers ist unauflöslich verknüpft mit

dem Schicksal der verfolgten Armenier, besonders der Waisen, deren Beschützer, Erzieher und Arzt er wurde, ein barmherziger Samariter im wahren Sinne des Wortes. Er starb in Ghazir mit 75 Jahren. Im Alter von 72 Jahren starb in Zürich Dr. Ernst Hafter, Professor für Strafrecht an der Universität. Er hat nicht nur ein klassisches Lehrbuch des schweizerischen Strafrechts geschrieben, sondern auch an der Ausarbeitung des schweiz. Strafrechts wesentlichen Anteil gehabt. Die Tradition der Wartmann, Dierauer, Schieß in St. Gallen fortzusetzen, war Prof. Dr. Wilh. Ehrenzeller berufen; doch eine tückische Krankheit, von der der Tod den 62jährigen erlöste, lähmte seine Schaffenskraft und seine Geschichte der Abtei und Stadt St. Gallen blieb Torso.